

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Von unten wachsen lassen statt verordnen

- Was die neue Kultusministerin ändern will

Topthemen des Landeselternbeirats

- Positionspapier mit Forderungen erstellt

Und sie bewegt sich doch ...

- Christian Bucksch zum Wandel der Bildung im Land

Der 16. Landeselternbeirat

- Die neu gewählten Mitglieder stellen sich vor

Spezialtraining für Studenten

- KIT und Universität Stuttgart gründen MINT-Kolleg

Mehr Erfolg mit MAUS

- Das Mannheimer Unterstützungssystem Schule

Hochschule aktuell: Es muss nicht immer Uni sein ...

- Studenten über das Studium an FH und Dualer Hochschule

Inhaltsverzeichnis

Interview: Zehn Fragen an die neue Kultusministerin . . . 3	Elternstiftung: Neue Kurse für Migranten 14
Bildungspolitik: Christian Bucksch zum Wandel im Ländle 5	Der 16. LEB: Neu gewählte Mitglieder stellen sich vor. . . 15
Positionspapier: Die Top-Themen des LEB 6	Hochschule aktuell
Lehrerbildung: LEB fordert Verbesserungen 8	Studenten berichten: Das Studium an FH und Dualer Hochschule 24
Technisches Gymnasium: LEB befürwortet neue Lehrpläne. 8	Neue Studie: Unterschiede bei Hochschulwahl untersucht 25
Förderung: Das Mannheimer Unterstützungssystem Schule 9	Studiengangentscheidung: Was ist ausschlag- gebend für die Wahl? 26
MINT-Studium: Unis Stuttgart und Karlsruhe bieten Spezialtraining 12	Qualitätspakt Lehre: Südwesten erzielt Spitzenplatz . . 27

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur das Land Baden-Württemberg hat gewählt und eine neue Regierung hat ihre Arbeit aufgenommen, auch der neu gewählte 16. Landeselternbeirat hat im April seine Arbeit für die nächsten drei Jahre begonnen. Es hat mich sehr gefreut, von den Mitgliedern als Vorsitzender des 16. Landeselternbeirates gewählt worden zu sein, jetzt gilt es, die vor uns liegenden Aufgaben und Veränderungen im Bildungsbereich anzugehen, die entweder angekündigt worden sind oder auch weiterhin von uns Eltern gefordert werden müssen.



Christian Bucksch,
Vorsitzender des Landeselternbeirates

Wir gratulieren Frau Warminski-Leitheußer zu Ihrem Amt als Kultusministerin des Landes, und freuen uns sehr auf den Austausch und die Zusammenarbeit mit ihr, der Landeselternbeirat wird ein aufmerksamer und kompetenter Begleiter ihrer Bildungspolitik in den nächsten Jahren sein.

Der erste angekündigte Schritt, die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, lässt auf weitere Entscheidungen hoffen, die dann beweisen müssen, dass Eltern und Schüler und deren Wünsche ernst genommen werden.

Wie schon gesagt bleibt der LEB auch in den nächsten drei Jahren ein kritischer Begleiter der Bildungspolitik, wir werden genau hinschauen, was an Veränderungen geplant ist und inwieweit hier die Eltern und Schüler mitgenommen werden.

Doch den Blick nur auf angekündigte Veränderungen und Versprechungen zu fokussieren, springt zu kurz, es gibt weiterhin genug Baustellen in der Bildungspolitik, die längst hätten in Angriff genommen werden müssen und wo weiterhin viele Eltern in Briefen, Mails und Telefonaten den LEB-Mitgliedern täglich ihren Unmut äußern.

- Weiterhin ist echte Mitbestimmung von Eltern an den Schulen nicht garantiert bzw. nicht gewollt.
- Echte und gewinnbringende Ganztageschulen mit rhythmisiertem Unterricht und ausreichender Lehrerversorgung sind weiterhin nur vereinzelt im Land zu finden.

- Die Lehrerversorgung ist vor allem im Bereich der Krankheitsvertretungen weiterhin katastrophal.
- Die Evaluation an den Schulen hat für Schüler und für uns Eltern bislang keine erkennbaren positiven Effekte an den Schulen gezeigt.
- Die Schülerbeförderung vor Ort ähnelt oft mehr einem Tiertransport als kundenorientierter Dienstleistung an unseren Kindern usw.

Liebe Eltern, Sie sehen (und Sie wissen), dass noch eine Menge Arbeit vor uns liegt, und der LEB wird seinen Beitrag dazu leisten, dass Schritt für Schritt die Schulen ein attraktiver Lebensraum für unsere Kinder werden, in dem ohne Angst und mit viel Motivation in einer ansprechenden Umgebung gelernt werden kann.

Dazu braucht es nicht nur die Politik bzw. eine neue Regierung, sondern der 16. Landeselternbeirat braucht bei den vor uns liegenden Aufgaben mehr denn je den Austausch mit Ihnen, damit wir gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben konstruktiv angehen können. Der Landeselternbeirat freut sich auf diesen Austausch! Sprechen Sie uns an, fragen Sie uns an, diskutieren Sie mit uns, wir stehen bereit.

Es werden (hoffentlich) bewegte Zeiten, kompetente und selbstbewusste Eltern und Elterngremien müssen in diesen Zeiten eine herausragende Rolle spielen!

Mit herzlichen Grüßen

Christian Bucksch

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Christian Bucksch – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: redaktion.sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Von unten wachsen lassen statt verordnen

Was die neue Kultusministerin in der Bildungspolitik des Landes ändern will

Die Bildungspolitik im Ländle wird jetzt von Grün-Rot gestaltet, mit der neuen Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) an der Spitze des Kultusministeriums. *Schule im Blickpunkt* wollte wissen, was sich nun ändern wird, und stellte der neuen Kultusministerin zehn Fragen.

SiB: Wenn Sie eine Rankingliste der größten bildungspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre erstellen würden, welches Thema stünde bei Ihnen an erster Stelle?

Warminski-Leitheußer: Dringenden Handlungsbedarf sehe ich bei der Unterrichtsversorgung an den Schulen. Denn: Der Unterrichtsausfall ist viel zu hoch. Er geht zu Lasten der Bildungschancen junger Menschen. Aus diesem Grund möchte ich erreichen, dass bereits zum kommenden Schuljahr 400 Krankheitsstellvertreter zusätzlich eingestellt werden.

Die entscheidenden Weichen für den Bildungserfolg der jungen Menschen werden in den ersten Lebensjahren gestellt. Deshalb ist es ein vorrangiges Ziel, die frühkindliche Bildung konsequent zu stärken. Die grün-rote Landesregierung will rasch gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden und den freien Trägern der Kindertageseinrichtungen einen „Pakt für Familien mit Kindern“ erarbeiten. Darin sollen etwa der Ausbau der U3-Betreuungsplätze, die verbindliche Einführung des Orientierungsplans sowie die konsequente Sprachförderung von Anfang an geregelt werden. Dafür brauchen die Einrichtungen bessere Rahmenbedingungen durch mehr pädagogisches Personal.

Der Leitgedanke der grün-roten Schulpolitik lautet: von unten wachsen lassen statt von oben verordnen. Ich halte das Engagement und die Kompetenz der Akteure vor Ort für sehr wichtig. Die Kreativität vor Ort soll sich entfalten können und nicht gedeckelt werden. Das Kultusministerium wird deshalb innovative Schulkonzepte genehmigen, um Kinder besser individuell zu fördern und ein längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Solche Schulkonzepte verbessern die Bildungschancen der jungen Menschen und sie sichern wohnortnahe Schulstandorte mit einem breiten Angebot an Abschlüssen.

SiB: Der Landeselternbeirat fordert seit Jahren, dass der Einsatz von Schulsozialarbeitern an allen Schularten ausgebaut wird und sich das Land an der Finanzierung dieses Ausbaus beteiligt. Für wie wichtig halten Sie den Ausbau der Schulsozialarbeit, und wie stehen Sie zu einer Mitfinanzierung durch das Land Baden-Württemberg?

Warminski-Leitheußer: Die Schulsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention und zur individuellen Unterstützung junger Menschen. Sie gehört zum pädagogischen Konzept einer Schule. Die neue Landesregierung wird deshalb die Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen und anteilig mitfinanzieren. Dabei berücksichtigen wir auch die vom Bund bereitgestellten Mittel. Mit den kommunalen Landesverbänden werden wir zügig Gespräche aufnehmen.

SiB: Sie haben in der Presse bereits angekündigt, dass Sie ein größeres Angebot an Ganztagschulen befürworten.

Bisher haben wir im Ganztagsschulbereich vorwiegend sogenannte „offene Ganztagschulen“ mit Pflichtunterricht am Vormittag und einer überwiegend ehrenamtlich gestützten Nachmittagsbetreuung. Wie stellen Sie sich eine Ganztagschule vor und wie soll diese Ganztagschule personell ausgestattet sein?

Warminski-Leitheußer: Die von der alten Landesregierung favorisierte Form der Ganztagschulen in offener Form bringt bei weitem nicht die bessere individuelle Förderung, die ich mir vorstelle. Die Studie „Ganztagschule: Entwicklung und Wirkungen“ aus dem Jahr 2010 zeigt, dass die Ganztagschule besonders dann effektiv ist, wenn alle Schülerinnen und Schüler regelmäßig daran teilnehmen. Ich werbe deshalb dafür, Ganztagschulen in gebundener Form zu gründen, ohne das von oben zu verordnen.

Gute Ganztagschulen sind ein Lern- und Lebensort. Unser Ziel ist eine rhythmisierte Ganztagschule ohne Hausaufgaben. Echte Ganztagschulen strukturieren den Tagesablauf neu, lösen sich vom starren 45-Minuten-Schema und verbinden in einem pädagogischen Konzept Phasen des Lernens mit solchen der Bewegung, der Projektarbeit und der Erholung. Das Schulmittagessen gehört dabei zum pädagogischen Konzept – alle Kinder sollen daran teilnehmen können. Wir werden die Ganztagschule im Schulgesetz verankern und für alle Schüler ein wohnortnahes Ganztagsangebot aufbauen. Dabei ist klar: Echte Ganztagschulen brauchen eine gute Ressourcen-Ausstattung. Dabei werden wir uns an den sogenannten „Alterlass-Ganztagschulen“ orientieren. Insgesamt wollen wir für den Ausbau der Ganztagschulen in den nächsten Jahren Ressourcen im Umfang von bis zu 1.500 Deputaten zur Verfügung stellen.

SiB: Der Landeselternbeirat hat die Einführung der „Neuen Werkrealschule“ aus vielfältigen Gründen abgelehnt und sich stets gegen eine Schließung von kleinen aber oft erfolgreichen Hauptschulen ausgesprochen. Wird es die „Neue Werkrealschule“ unter einer grün-roten Landesregierung weiterhin geben oder planen Sie einen Ausstieg aus dem Konzept?

Warminski-Leitheußer: Das Konzept der „Neuen Werkrealschule“ ist nicht zukunftsfähig. Wir wollen allen Schülerinnen und Schülern an Haupt- und Werkrealschulen ein zehntes Schuljahr ermöglichen – und zwar ohne Notenhürde nach der 9. Klasse. Der Hauptschulabschluss kann auch nach Klasse zehn erworben werden. Die geplante Kooperation mit den Berufsfachschulen im 10. Schuljahr und die damit verbundene teilweise Auslagerung des Unterrichts werden nicht umgesetzt. Auch wollen wir die frühe berufliche Spezialisierung durch die Wahlpflichtfächer in den Klassen 8 und 9 durch eine breite berufliche Orientierung der jungen Menschen ersetzen. Den kleinen Hauptschul-/Werkrealschulstandorten bietet die Gemeinschaftsschule eine zukunftsfähige Entwicklungsperspektive.

SiB: Die SPD befürwortet die Gemeinschaftsschule. Wo sehen Sie die Vorteile dieser Schulart gegenüber dem gegliederten Schulwesen?



Kultusministerin
Gabriele Warminski-Leitheußer

Warminski-Leitheußer: Die Gemeinschaftsschule erschließt ein großes Potenzial: Sie schafft mehr Chancengleichheit, sie bietet bei entsprechender Ausstattung den Rahmen für die bestmögliche individuelle Förderung, und sie sichert insbesondere in ländlichen Räumen wohnortnahe Schulstandorte mit einem breiten Angebot an Schulabschlüssen. Gemeinschaftsschulen entwickeln eine neue Lehr- und Lernkultur. Wir werden uns zügig daran machen, die Qualitätskriterien von Gemeinschaftsschulen zu definieren und diese Schulart dann im Schulgesetz zu verankern. Wir ermöglichen dadurch den Akteuren vor Ort, Gemeinschaftsschulen verlässlich einzurichten, wenn sie dies wollen.

SiB: Ist unsere bisherige Lehrerausbildung für ein Unterrichten in einer Gemeinschaftsschule geeignet?

Warminski-Leitheußer: Wir wollen die Lehrerausbildung auf die neue Lehr- und Lernkultur hin ausrichten und im Zuge dessen die schulartbezogene Ausbildung zugunsten des Stufenlehramts überwinden. Die Studienanteile in den Bereichen „Individuelle Förderung“, „Diagnostik“, „Methodenkompetenz“ sollen im Rahmen der Ausbildung deutlich erhöht und die Angebote der Lehrerfortbildung ausgeweitet werden. Im Zuge der Inklusion ist es außerdem erforderlich, dass sonderpädagogische Inhalte stärker in der Lehrerausbildung für die allgemein bildenden Schulen eingebaut werden. Wir werden diesen Prozess gemeinsam mit den Hochschulen im Land in die Wege leiten.

SiB: Die demografische Entwicklung wird in absehbarer Zukunft vielerorts für Schulschließungen sorgen. Mit längerem gemeinsamem Lernen in einer Gemeinschaftsschule könnte dieser Entwicklung gegengesteuert und gerade auch im ländlichen Raum eine möglichst wohnortnahe Beschulung erhalten werden. Werden Sie die Gemeinschaftsschule in diesem Sinne nutzen oder müssen künftige Gemeinschaftsschulen – ähnlich der „Neuen Werkrealschule“ – mehrzünftig sein?

Warminski-Leitheußer: Die Gemeinschaftsschule bietet zum einen bessere Bildungschancen für alle jungen Menschen, weil sie sich in besonderer Weise der individuellen Förderung verschreibt. Zum andern gewährleistet die Gemeinschaftsschule eine bessere, weil wohnortnahe Schulversorgung. Bei zurückgehenden Schülerzahlen lässt sich voraussichtlich nicht jeder Schulstandort in Zukunft halten. Klar ist dennoch: Wir möchten die Schulen im Dorf lassen. Sie sind für junge Familien ein wichtiges Angebot und für die Kommunen ein Standortvorteil. Deshalb ist für mich der Maßstab für die Qualität und Zukunftsfähigkeit einer Schule nicht in erster Linie die Zahl der Schüler und die Zügigkeit, sondern es geht um das pädagogische Konzept der Schule und die Frage, wie die Schüler dort individuell gefördert und zum bestmöglichen Abschluss geführt werden.

SiB: Sie haben bereits angekündigt, dass es neben dem G8 künftig auch wieder einen neunjährigen Weg zum Abitur am allgemeinbildenden Gymnasium geben soll. Wie werden Sie diese Lernzeitverlängerung konzeptionell und personell ausgestalten?

Warminski-Leitheußer: Wir wollen den allgemein bildenden Gymnasien die Möglichkeit geben, zwei Geschwindigkeiten zum Abitur anzubieten. Die Eltern und Schülerinnen und Schüler haben dann Wahlfreiheit. Allerdings werden wir diese Option nicht verordnen, sondern Anträge von Schulträgern, die dies wünschen, als Schulversuch genehmigen. Grundlage für den neunjährigen Weg zur Hochschulreife ist der G8-Bildungsplan. Ob und in welchem Umfang hierfür zusätzliche personelle Ressourcen notwendig sind, muss anhand der einzelnen Anträge individuell betrachtet werden.

Gleichzeitig wollen wir die Schülerinnen und Schüler im G8 in der Unter- und Mittelstufe entlasten und den Gymnasien die gestrichenen zwei Poolstunden wieder gewähren. Damit steht mehr Zeit für individuelle Förder- und Differenzierungsmaßnahmen zur Verfügung.

SiB: Der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ hat sich in seinen bildungspolitischen Empfehlungen dafür ausgesprochen, die Grundschulfremdsprache, zumindest in der Phase des Schriftspracherwerbs (primär Klassenstufe 1+2), wegfällen zu lassen und die gewonnenen Zeitressourcen für den Schriftspracherwerb im Deutschen und für Mathematik zu nutzen. Wie sehen Sie den Nutzen und die Zukunft der Grundschulfremdsprache?

Warminski-Leitheußer: Der hochrangig besetzte Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ hat einen interessanten Bericht mit weitreichenden Empfehlungen für die verschiedenen Bildungsphasen vorgelegt. Das Kultusministerium wird den Bericht des Expertenrats zu „Herkunft und Bildungserfolg“ genau prüfen und mit allen Beteiligten diskutieren. Anschließend gilt es, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Die Empfehlung des Expertenrats, dem Erwerb der Schriftsprache und der mathematischen Basiskompetenzen zu Beginn der Grundschule Priorität einzuräumen und mit der Fremdsprache dann erst in der 3. Grundschulklasse zu beginnen, ist ein diskussionswürdiger Ansatz.

SiB: Weiterhin heftig umstritten ist die politisch verordnete Grundschulfremdsprache Französisch in der Rheinschiene. Viele betroffene Eltern fordern bereits seit Jahren diese Sonderrolle abzuschaffen, da sie nur Nachteile für die Kinder und die Familien bringt. Werden Sie diesem Elternwunsch entsprechen?

Warminski-Leitheußer: Grundsätzlich kann ich mir eine Regelung vorstellen, die den Eltern die Möglichkeit gibt, an den Grundschulen in der Rheinschiene zwischen Englisch und Französisch als Fremdsprache wählen zu können. Die konkrete Umsetzung würde dann gemeinsam mit den Beteiligten präzisiert werden. Gleichzeitig ist aber sicherzustellen, dass in den Klassen fünf der weiterführenden Schulen der Fremdsprachenunterricht von Grund auf vermittelt wird – unabhängig von den in den Grundschulen erworbenen Fähigkeiten in der Fremdsprache. Denn nicht alle Schülerinnen und Schüler bringen gleichermaßen die Voraussetzungen und Kenntnisse aus den Grundschulen mit.

Die Fragen stellte Sylvia Wiegert